

Frau & Politik

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

FU!

Ausgabe 3/2020 · 66. Jahrgang G2977



Gewalt gegen
Frauen

CDU

Auf den Punkt gebracht	2
Schwerpunkt	
Gewalt gegen Frauen	
Schatten-Pandemie	5
Bordell Europas	7
An jedem einzelnen Tag in Deutschland	8
Frau im Gespräch	10
Auf der Achterbahn Ulrike Scharf	
Frau & Buch	11
Impressum	11
Frauenpower	
Macht. Mit. Frauen!	12
Frau vor Ort	
KarriereNetzwerk Niedersachsen	14
Frau & Info	15



Liebe Frauen,

die Kandidatenaufstellungen für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sowie die nächste Bundestagswahl laufen bereits seit Wochen in den Verbänden. Nach der letzten Bundestagswahl haben wir alle den geringen Frauenanteil von gut einem Fünftel in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beklagt. Wir sind damit nicht einmal unserem eigenen, im Statut verankerten Anspruch von mindestens einem Drittel Frauen gerecht geworden.

Daher ist es so wichtig, dass wir den Schwung aus der Diskussion zu den Ergebnissen der Struktur- und Satzungs-kommission in die Aufstellung in den Wahlkreisen und auf den Listen für die kommenden Wahlen mitnehmen. Die Landes-, Bezirks- und Kreisverbände können schon jetzt zeigen, dass es ihnen ernst ist mit einer entsprechend höheren Beteiligung von Frauen. Neben dem CDU-Bundesvorstand haben sich auch viele Landesvorsitzende, Generalsekretäre und Landesgeschäftsführer bereits öffentlich hinter den Kompromiss gestellt, der in einem Leitantrag an den Bundesparteitag mündet. Bis zur Satzungsänderung haben wir also noch eine ganze Wegstrecke vor uns.

Die CDU braucht eine Willkommensstruktur für Frauen. Es reicht nicht, die Tür für einen Beitritt aufzumachen, sondern es geht um die tatsächliche Mitgestaltung. Bislang fühlten sich gerade Frauen in der Breite nicht genug angesprochen, um in der CDU mitzumachen. Wir müssen auf allen Ebenen attraktiv für Frauen sein. Nur wenn sie überall Chancen sehen, Einfluss zu nehmen, können wir sie für die CDU gewinnen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zwar das Vertrauen der Frauen in unsere Politik gestärkt, so dass die CDU 2013 und 2017 überdurchschnittlich von Frauen gewählt wurde. Sie wird sich aber nicht wieder zur Wahl stellen. Die CDU muss auch ein weibliches Gesicht in Ämtern und Mandaten zeigen. Das ist eine Investition in die Zukunft unserer Volkspartei. Mit

dem Grundsatzprogrammprozess und der Struktur- und Satzungskommission haben wir die strukturelle und inhaltliche Erneuerung der CDU aufs Gleis gesetzt.

Zu den konkreten Maßnahmen zur Stärkung von Frauen und der jungen Generation gehört eine verbindliche Quote für Parteiämter. Dabei muss eine Frau das Argument „Quotenfrau“ nicht fürchten. Jeder und jede in der CDU weiß, dass die Bewährungszeit im Amt beginnt. Dazu gibt die Quote den Frauen die Chance. Auch der Regionalproporz sichert vielen die Chance, in ein Amt oder in ein Parlament zu kommen. Überzeugen muss jede und jeder dann aber durch die eigene Arbeit. Quoten sind auch kein Widerspruch zu Kompetenz. Das hat die London School of Economics belegt: Die Quote wirkt sich positiv auf die Kompetenz in der Politik aus. Interessanterweise steigt auch die Qualität der männlichen Vertreter, wenn die Konkurrenz zunimmt.

Der Beschluss der Struktur- und Satzungskommission über notwendige Maßnahmen für eine gleiche Beteiligung von Frauen und Männern hat bereits zu intensiven Debatten in unserer Partei geführt. Es werden konkrete Instrumente benannt und ein klarer Zeithorizont für die Umsetzung in unserer Partei festgelegt. Eine Übersicht über die einzelnen Maßnahmen finden Sie auf Seite 15.

Bei unserer digitalen Kreisvorsitzenden-Konferenz werden wir über diese Maßnahmen diskutieren. Die Vorsitzende der Frauen Union Bayern Ulrike Scharf wird sich mit einem Grußwort beteiligen. Die CSU hat bereits 2019 auf ihrem letzten Reformparteitag die Debatte für mehr Frauen in Ämtern und Mandaten geführt. Gegen große Widerstände wurde eine Soll-Quote von 50 Prozent im engeren Kreisvorstand und eine verpflichtende Parität bei der Besetzung im engen Vorstand auf Bezirksebene und an der Parteispitze durchgesetzt. Die dortige Debatte offenbarte, wie wichtig ein intensiver Diskussionsprozess im Vorfeld ist. Es wird deshalb entscheidend darauf an-

kommen, dass wir auf allen Ebenen der Partei, in den Vereinigungen und nicht zuletzt bei den Delegierten für den Kompromiss der Struktur- und Satzungskommission werben.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Bundesvorstandes der Frauen Union ist die menschenrechtliche Situation von Prostituierten. Der Beschluss des Bundesvorstandes „Perspektivwechsel jetzt! Für ein Sexkaufverbot und besseren Schutz von Frauen.“ fordert, die Achtung der Menschenwürde und Selbstbestimmung von Frauen in den Mittelpunkt der Gesetzgebung zu rücken. Der Körper einer Frau ist keine Ware und Prostitution für uns kein Beruf wie jeder andere. Prostituierte brauchen wirksamen Schutz, reale Ausstiegshilfen und konkrete Berufsalternativen!

Prostitution wird gern als das „älteste Gewerbe der Welt“ beschrieben, welches es immer geben werde. Daher sei ein Sexkaufverbot sinnlos. Uns ist klar, dass Prostitution auch durch ein Verbot nicht völlig verschwindet. Die gesellschaftliche Haltung zur Prostitution muss sich aber verändern. Dabei soll der Sexkauf stigmatisiert werden, nicht die Prostituierten. Der Schutz der Prostituierten muss dabei stärker in den Mittelpunkt staatlichen Handelns und Bemühens rücken. Es ist Zeit, jetzt auch im Bereich der Prostitution neue Wege zu gehen. Die Zahl der Unterstützerinnen und Unterstützer für einen Perspektivwechsel wächst. Wir bleiben nicht nur bei unserer Kreisvorsitzenden-Konferenz an dem Thema dran.

Herzlichst,

Annette Widmann-Mauz

Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands



Gewalt gegen Frauen

Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist einer der Schwerpunkte der Frauenpolitik der unionsgeführten Bundesregierung. Trotz vieler Anstrengungen zum Gewaltschutz bleibt das Problem virulent.

Die Corona-Pandemie hat in China begonnen und dort ein Schlaglicht auf die häusliche Gewalt gegen Frauen geworfen. Staat und Gesellschaft waren also in Deutschland alarmiert, als der Corona-Lockdown bei uns ausgerufen wurde. Noch gibt es keine validen Zahlen, jedoch scheinen sich die Befürchtungen zu bestätigen, dass die häusliche Gewalt gegen Frauen massiv zugenommen hat. Organisationen wie der WEISSE RING kümmern sich um die Opfer und das Land Hessen setzt besonders auf Präventionsarbeit.

Ein zweites Schlaglicht fiel in der Corona-Zeit auf das Prostitutionsmilieu. Eine der Organisationen, die sich gegen Frauenhandel und Prostitution engagieren ist TERRE DES FEMMES. Sie setzt sich seit ihrer Gründung für Frauen ein, deren Notlage auf kriminelle Weise ausgenutzt wird: Frauen, die in die Prostitution oder ausbeuterische Arbeitsverhältnisse gezwungen werden.



Foto: stock.adobe.com - Preview_Urby

Der Corona-Lockdown hat Gewalt gegen Frauen ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Die Istanbul-Konvention verpflichtet Deutschland zum Gewaltschutz.

Schatten- Pandemie

Gewalt gegen Frauen grassiert seit Jahrzehnten und gehört bedauerlicherweise auch im Europa des 21. Jahrhunderts zu den schwersten geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen. Der Corona-Lockdown hat Gewalt gegen Frauen ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Die UN bezeichneten kürzlich den globalen Anstieg häuslicher Gewalt gar als „Schattenpandemie“.

Geschlechtsspezifische Gewalt, also Gewalt, die gegen eine Frau gerichtet ist, weil sie eine Frau ist, oder die Frauen unverhältnismäßig stark betrifft, kommt dabei nicht etwa nur in sozial schwachen Milieus vor, sondern, wie auch aus der vom Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) in Auftrag gegebenen Studie „Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen“ von 2009 hervorgeht, in allen sozialen Schichten und Altersgruppen. Es handelt sich dabei um ein globales, gesamtgesellschaftliches Problem, das strukturellen Charakter hat und als eines der Haupthindernisse für das Erreichen der Gleichstellung von Frauen und Männern gilt.

Eine aktuelle Studie der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte aus dem Jahr 2014, im Rahmen derer in allen (damals) 28 EU-Mitgliedstaaten über 42.000 Frauen im Alter von 18–74 Jahren umfassend zu inner- und außerhäuslicher Gewalt befragt wurden, erlaubt zwar keine vertiefende nationale Auswertung von Mustern und Schweregraden von Gewalt in Paarbeziehungen, da pro Mitgliedstaat nur 1500 Frauen befragt wurden. Sie kommt aber zehn Jahre nach Veröffentlichung einer BMFSFJ-Studie zu diesem Thema (Schrötte/Müller, Studie zur Gewalt gegen Frauen im Auftrag des BMFSFJ 2004) zu ähnlich

hohen Gewaltprävalenzen für Deutschland. Hiernach haben 35 Prozent der Frauen angegeben, seit dem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch den Partner oder eine andere Person erlebt zu haben. Auch wenn beide Studien methodisch nicht vergleichbar sind, ist dennoch alarmierend, dass seit Jahren kein relevanter Rückgang von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zu verzeichnen ist (Schrötte, Gewalt in Paarbeziehungen, April 2017).

Prof. Dr. Kristina Wolff, die sich dafür einsetzt, dass Frauen in Deutschland besser vor Gewalt geschützt werden, hat nach Auswertung von Polizeimeldungen und Zeitungsartikeln dieses Jahr deutschlandweit bereits 127 getötete Frauen gezählt. Dies zeigt: Wir haben (auch) in Deutschland ein Problem mit Gewalt gegen Frauen.

Als ein bedeutender Meilenstein zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt ist das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vom 11. Mai 2011, die sogenannte Istanbul-Konvention, anzusehen. Gewalt gegen Frauen ist hiernach eine Menschenrechtsverletzung und eine Form der Diskriminierung der Frau und bezeichnet alle Handlungen geschlechtsspezifischer Gewalt, die zu körperlichen, sexuellen, psychischen oder wirtschaftlichen Schäden oder Leiden bei Frauen führen oder führen können, einschließlich der Androhung solcher Handlungen, der Nötigung oder der willkürlichen Freiheitsentziehung, sei es im öffentlichen oder privaten Leben.

Mit der Istanbul-Konvention liegt erstmals ein für den europäischen Raum völkerrechtlich bindendes Instru-



ment zur umfassenden Bekämpfung jeglicher Form von Gewalt an Frauen vor. Sie ist bereits von allen Mitgliedern des Europarates sowie der Europäischen Union unterzeichnet worden, bis auf Russland und Aserbaidschan. 34 Staaten haben sie ratifiziert. Die Konvention ist am 1. Februar 2018 in Deutschland als Bundesgesetz in Kraft getreten und verpflichtet dazu, umfassende Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zu treffen.

Die Istanbul-Konvention ist das erste Übereinkommen seiner Art für Europa, das umfassende und spezifische Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt sowie des Schutzes der Opfer regelt. Deutschland hat in den letzten Jahren zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zwar bereits einige Anstrengungen unternommen: 2002 trat das Gewaltschutzgesetz in Kraft, 2006 folgte das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das unter anderem Abwehrrechte gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz regelt. Seit 2007 gilt Stalking als Straftatbestand, seit 2011 ist Zwangsheirat unter Strafe gestellt, seit 2015 das Verstümmeln weiblicher Genitalien. Ferner führte die „Nein-heißt-Nein-Lösung“, die einen Paradigmenwechsel im Strafrecht darstellt und im Jahre 2016 Eingang ins Strafgesetzbuch gefunden hat, zu einer Verbesserung der sexuellen Selbstbestimmung.

Dennoch besteht dringend weiterer Umsetzungs- und Handlungsbedarf. Langfristig muss darauf hingewirkt werden, Gewalt gegen Frauen nachhaltig abzubauen. Der Gewaltprävention sollte deshalb eine hohe Priorität bei

allen künftigen Maßnahmen zukommen. Deutschland ist zudem verpflichtet, Schutz und Unterstützung gewaltbetroffener Frauen und ihrer Kinder flächendeckend zu gewährleisten.

Leider verfolgen nicht alle Staaten das Ziel der Ratifizierung: Bulgarien und Ungarn weigern sich beispielsweise strikt dagegen, weil sie die Istanbul-Konvention für „Gender-Ideologie“ halten.

Aktuell denkt die Türkei, die das Übereinkommen 2012 als erstes Land ratifiziert hat, sogar darüber nach, sich von dem Abkommen zu lösen, da es nach Auffassung von Teilen der AKP traditionelle Familienwerte untergrabe. Auch die national-konservative Regierung Polens erwägt einen solchen Rückzug. Dies sollte für andere Länder in Europa ein Weckruf sein. Für viele Frauen – nicht nur in diesen Ländern – dürfte die Signalwirkung bereits jetzt besorgniserregend sein, da ihnen hiermit de facto das Recht auf körperliche Unversehrtheit aberkannt wird.

Gewaltschutz muss nicht zuletzt in der deutschen Außenpolitik höchste Priorität genießen. Es ist dringend erforderlich, gegenüber Staaten, die gerne finanzielle und strukturelle Hilfen annehmen, sich aber wenig um gemeinschaftliche Verpflichtungen kümmern, noch deutlicher auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien zu drängen.

Dorothea Blunck ist Referatsleiterin im Hessischen Ministerium der Justiz

Bordell Europas



Wie denken Freier über Frauen in der Prostitution?
Ein drastischer Blick auf die Szene.

„Ich hab die Frischfleisch-Adele kennengelernt, Ficken so wie früher, Ukrainerin. 1 A Titten. Spricht kein Deutsch und kein Englisch. Ich bin 5 Mal drüber, jetzt könnt ihr nacharbeiten.“ – so schreibt ein Freier im Internet. Männer tauschen sich in Freier-Foren ganz unverblümt aus über ihre Erfahrungen mit Frauen in der Prostitution und geben einander Tipps zu Neuzugängen, eben zum „Frischfleisch“ im Milieu. Jeder 3. Mann in Deutschland kauft sich nach Schätzungen sexuelle Befriedigung in Bordellen, FKK-Clubs oder auf dem Straßenstrich. Es sind überwiegend gebundene Männer, oft Familienväter. Sie kaufen sich den Zugang zu den Körperöffnungen von Mädchen und Frauen, die in überwältigender Mehrheit – zwischen 80 Prozent und 98 Prozent – aus Ost- und Südosteuropa kommen: aus Rumänien, Bulgarien, Ungarn, der Ukraine. Die meisten von ihnen sind Elendsprostituierte: perspektivlos im Heimatland – und sprachlos, ahnungslos, hilflos in Deutschland. Und ihren Zuhältern ausgeliefert: denn fast alle haben Zuhälter, bei Polizeikontrollen geben sie sich aus als „Cousin“ oder „Verlobter“.

Brutale Ausbeutung und Gewalt sind an der Tagesordnung, denn Prostitution geht meist Hand in Hand mit organisierter Kriminalität. Das hat auch der Prozess um den Stuttgarter FKK-Club „Paradise“ Anfang 2019 gezeigt: dessen Geschäftsführer – der zuvor noch mit Saubermann-Image durch Talkshows getingelt war -, wurde wegen Beihilfe zum Menschenhandel und Steuerhinterziehung verurteilt. Hier kam nicht nur die brutale Gewalt ans Tageslicht, mit dem die Rockerclubs „Hells Angels“ und „United Tribunes“ für das „Paradise“ die Frauen gefügig gemacht hat, sondern auch das große Nachschub-Problem, das wiederum

nur jene Rockerclubs lösen konnten: es gab nämlich schlicht nicht genug Frauen für das Bordell, die Nachfrage der Freier musste befriedigt werden mit immer weiteren jungen Frauen aus Südosteuropa, die dann die Rocker mit den Menschenhändlern „klarmachten“.

Dass Deutschland mittlerweile traurige Berühmtheit als „Bordell Europas“ und als „Paradies für Menschenhändler“ erlangt hat, ist der rot-grünen Politik geschuldet, die Anfang der 2000er Jahre gutmeinend antrat, Prostituierten zu helfen – doch das genaue Gegenteil damit erreichte. Prostitution sollte „ein Job wie jeder andere werden“, raus aus dem Stigma, rein in die Sozialversicherung. Doch das Prostitutionsgesetz von 2000 scheiterte grandios. Statt der erhofften Regulierung und Zivilisierung der Prostitution kam es zu einer beispiellosen Salonfähigkeit des Sexkaufs – und zu einer Billigung von organisierter Kriminalität als Garant für den „Frischfleisch“-Nachschub.

„Ein Land ohne Bordelle ist wie ein Haus ohne Klo.“ Auch das ist ein Zitat aus einem Freierforum. Doch Mädchen und Frauen sind keine menschlichen Kloschüsseln. Und Männer dürfen kein verbrieftes Recht auf einen Mädchen- oder Frauenkörper haben. Genau deshalb braucht es einen gesellschaftlichen Perspektivwechsel, wie wir von Terre des Femmes ihn schon länger fordern: Das Sexkaufverbot nach dem „Nordischen Modell“, in dem der Freier als Täter gilt – und Prostitution als das, was sie ist: Gewalt an Mädchen und Frauen.

Inge Bell ist Stellv. Vorstandsvorsitzende
TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau e.V.



Foto: Hermann Recknagel

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass den Opfern von häuslicher Gewalt die Hilfe zu Teil wird, die sie erwarten dürfen: jede. Der WEISSE RING hilft Kriminalitätsopfern: www.weisser-ring.de.

An jedem einzelnen Tag in Deutschland

Mit Beginn der Corona-Krise veränderte sich die Zahl der Berichterstattungen über das Thema „Häusliche Gewalt“: Sie stieg deutlich an. Es war ein verständlicher Reflex: Polizei, Wissenschaftler und Hilfsorganisationen wie der WEISSE RING hatten davor gewarnt, dass mit den Corona-Maßnahmen das Risiko von häuslicher Gewalt steigen würde. Eine aktuelle Gefahrenmeldung in unsicheren Zeiten – das interessiert die Medien, weil es die verunsicherten Menschen interessiert.

Vielleicht erinnern Sie sich: Italien war unserem Land um mehrere Wochen voraus, was die Corona-Entwicklung anging. Erst wurden Dörfer, dann Regionen abgeriegelt, es gab einen harten Lockdown. Menschen mussten in ihren Wohnungen und Häusern bleiben. Das ist in Deutschland – entgegen der Behauptung von Verschwörungstheoretikern – so nie geschehen. Aber auch in Deutschland mussten die Menschen mehr Zeit daheim verbringen, um sich und andere zu schützen. An dem Ort, an dem häusliche Gewalt geschieht.

Die Enge der Wohnungen, der Verlust von Privatsphäre, die Sorgen um Gesundheit oder Arbeitsplatz, die Frage nach der Zukunftssicherheit – Corona führte in vielen Haushalten zu Spannungen. Und wir wissen aus mehr als 40 Jahren Erfahrung in der Opferhilfe, dass sich Spannungen in Gewalt entladen können. Wir wissen aber auch: Häusliche Gewalt findet an jedem einzelnen Tag in Deutschland statt, ob mit oder ohne Corona. Wer genau hingesehen hatte, konnte schon vor der Corona-Berichterstattung sehen, wie weit verbreitet häusliche Gewalt ist. Vielleicht verdeutlichen ein paar Zahlen die Dimen-

sion. Das Bundeskriminalamt beschäftigt sich seit einigen Jahren mit der sogenannten Partnerschaftsgewalt. 2014 lag die Zahl der angezeigten Fälle bei 126.230. Vier Jahre später waren es dann 140.755 Fälle. Das ist ein Anstieg von rund 11,5 Prozent. Der weit überwiegende Teil der Opfer waren Frauen, 2018 zum Beispiel lag ihr Anteil bei 81,3 Prozent. Man muss hier noch einmal klar unterstreichen: Das ist nur die Zahl der bekannten Fälle.

Häusliche Gewalt in ihren verschiedenen Formen ist kein Spezifikum sozialer Brennpunkte, sie kommt in allen Schichten vor und darüber hinaus in fast allen Altersklassen. Auch leben viele Betroffene jahrelang mit häuslicher Gewalt, bis sie sich Hilfe suchen. Es gibt Studien, nach denen eine von häuslicher Gewalt betroffene Frau sieben Anläufe benötigt, sich aus einer solchen Beziehung zu befreien.

Was ich damit verdeutlichen will: Die Dunkelziffer bei häuslicher Gewalt ist dramatisch hoch. Wir als Weisser Ring halten auch Fallzahlen von bis zu einer Million für möglich. Die Gewalt spielt sich, da können Sie sich angesichts dieser Zahl ziemlich sicher sein, auch in Ihrem sozialen Umfeld ab. In Ihrer Nachbarschaft – und sie tat es schon lange vor irgendeiner Pandemie.

Nicht selten ist Hoffnung ein Grund dafür, dass dieses Erleiden und Erdulden von Gewalt durch den Partner, oft gepaart mit Selbstzweifeln und eigenen Schuldgefühlen, zunächst nicht klar angegangen wird: Hoffnung darauf, den Partner ändern zu können. Hoffnung darauf, dass sich die Beziehung retten lässt. Oder die Hoffnung auf einen einmaligen Ausrutscher. Diese Hoffnung ist oft trügerisch. Und sie kann lebensgefährlich sein. Gewalt ist ei-



Foto: stock.adobe.com – takasu

ne Spirale, die sich nach oben schaukeln kann und zu nächst oft anders beginnt: Mit Kontrolle etwa, über den Terminkalender, das Handy, den Freundeskreis, die Kleidungsauswahl. Mit Macht. Und mit Isolation.

Typische Hinweise für Veränderungen bei einer Freundin oder Bekannten können sein: ein Zurückziehen, ein auffällig anderes Verhalten oder ein unüblicher Bekleidungsstil. Fragen Sie nach, wenn Sie so etwas bemerken. Signalisieren Sie Interesse und Hilfsbereitschaft. Zeigen Sie: Du bist nicht allein, wenn Du jemanden brauchst. Es gibt Menschen, die helfen können. Zum Beispiel beim Weissen Ring, Deutschlands größter Opferschutzorganisation. Wir haben das bundesweite Opfer-Telefon 116 006 und eine Onlineberatung, die einen anonymen Kontakt ermöglichen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sitzen in deutschlandweit rund 400 Außenstellen. Sie kennen mögliche Anlaufstellen vor Ort wie Frauenhäuser oder Schutzräume, sie können finanzielle Hilfen geben, um Flucht und Unterbringung zu ermöglichen. Und ganz wichtig ist natürlich: Gefährden Sie sich nicht selbst, rufen Sie in einer akuten Gefahrensituation die Polizei unter 110!

Wissen macht sicher. Das gilt für Menschen, die Hilfe brauchen wie auch für unsere Gesellschaft, die Wissen braucht, um der Zukunft zu begegnen. Verlässliche Zahlen sind dabei eine Stütze. Doch häusliche Gewalt zeigt exemplarisch, wie schwer es sein kann, belastbares Zahlenmaterial zu bekommen. Noch gibt es kein verlässliches Bild über gestiegene Fallzahlen bei häuslicher Gewalt seit Beginn der Corona-Pandemie. Mal wird von einer Zunahme berichtet, dann von Konstanz, mal von einem Rückgang. Wir wissen

aus unserer langjährigen Erfahrung: Geschehene Gewalttaten müssen sich nicht schnell in sichtbaren Zahlen niederschlagen. Die Betroffenen melden sich nicht gleich nach der Tat und auch nicht auf einen Stichtag hin, etwa nach dem Beginn von Lockerungsmaßnahmen. Es wird schlicht dauern, bis wir ein verlässliches Bild vorliegen haben, wie viel häusliche Gewalt es tatsächlich gab und gibt während der Corona-Krise. Wir als Weisser Ring gehen fest davon aus, dass häusliche Gewalt weiter angestiegen ist. Nur wir gemeinsam können dagegenhalten. Indem wir aufeinander achtgeben. Indem wir ein Bewusstsein dafür schaffen, dass häusliche Gewalt viel zu weit verbreitet ist. Und indem wir uns politisch einsetzen. Beispielsweise für einen beschleunigten Haftantritt von verurteilten Gewalttätern. Ein Urteil muss in Deutschland aus guten Gründen rechtskräftig sein, bevor es vollstreckt wird. Durch die Überlastung der Gerichte und das Ausschöpfen von Rechtsmitteln kann es aber dazu kommen, dass auch Monate nach einem Urteil ein Täter noch in Freiheit ist. Ein anderes Beispiel wäre die Bereitstellung eines Opferanwaltes auf Kosten der Allgemeinheit. Das geht heute beispielsweise bei schweren Gewalt- und Sexualstraftaten – klassische Delikte aus dem Bereich der häuslichen Gewalt wie Stalking, Nötigung oder einfache Körperverletzung sind hier aber nicht aufgeführt. Das sind Lücken im System, die zu schließen sind.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass den Opfern von häuslicher Gewalt die Hilfe zu Teil wird, die sie erwarten dürfen: jede.

Jörg Ziercke ist Bundesvorsitzender des WEISSEN RING



Foto: Eleana Hegerich

Ulrike Scharf, Vorsitzende der Frauen-Union der CSU, weiß, wie wertvoll Siege und Niederlagen in der Politik sein können.

Auf der Achterbahn

„Manche Dinge erreicht man mit viel Einsatz, gelegentlich gibt es schöne Überraschungen, anderes muss man wirklich erstmal verdauen und am Ende geht es auf jeden Fall weiter – nur anders“, fasst Ulrike Scharf ihre politischen Erfahrungen zusammen. Tatsächlich erinnert der politische Lebenslauf der 52-jährigen CSU-Politikerin an einen anstrengenden Marathon in den Alpen.

2003 verfehlte sie den Einzug in den Landtag, durfte 2006 aber nachrücken und machte sich einen Namen als Wirtschaftsexpertin. Zwei Jahre später reichte es nach einer erneuten Listenkandidatur nicht für den Wiedereinzug in den Landtag, dafür aber 2013, weil sie sich in einer Kampfkandidatur um das Direktmandat im Stimmkreis Erding durchsetzte. Ihr Förderer Horst Seehofer machte sie zur Umwelt- und Verbraucherministerin in seinem Kabinett. Kaum im Amt angekommen erbte sie den Bayern-Ei-Skandal. Es ging um Salmonellen, Schlamperei in zuständigen Ämtern und sogar einen Todesfall. Ministerin Scharf musste sich einem Untersuchungsausschuss stellen und überstand das. „Das war enorme Verantwortung und eine harte Schule, aber man entwickelt sich durch solche Situationen auch weiter“, sagt sie.

Sie punktete als Umweltministerin, weil sie eine dritte Start- und Landebahn am Münchner Flughafen ablehnte, sich stets für einen Ausbau des ÖPNV stark machte und den hochumstrittenen Bau eines Skilifts am Riedberger Horn verhinderte. Allerdings schaffte ihr das auch vie-

le Widersacher in der regionalen Wirtschaft und in der eigenen Fraktion. Als Markus Söder 2018 den Ministerpräsidentenposten von Seehofer übernahm, musste Scharf überraschend sein Kabinett verlassen. „Natürlich war ich im ersten Moment getroffen, weil ich damit nicht gerechnet hatte nach vier Jahren als engagierte Umweltministerin“, erzählt Scharf, „aber das ist erledigt. Ich hatte keine Fehler gemacht und all meine Entscheidungen aus tiefer Überzeugung getroffen habe, ich weiß, was ich alles für den Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz in Bayern erreicht habe. Dafür spricht jedenfalls, dass ihr Ministerpräsident Söder im vergangenen Jahr den Bayrischen Verdienstorden überreichte.“

Scharf, Mutter eines erwachsenen Sohns, hat die Landespolitik jetzt umso mehr gepackt. Sie sitzt im Wirtschaftsausschuss und im Bau- und Verkehrsausschuss, beides naheliegend als studierte Betriebswirtschaftlerin mit jahrelanger Erfahrung im elterlichen Familienbetrieb, einem Reise- und Busunternehmen. „Ich habe viel erlebt, fühle mich als Weltenbummlerin und bin gerne unterwegs, aber dafür brauche ich meinen festen Standort in Maria Thalheim, meine Heimatgemeinde gibt mir immer Halt.“

Vor allem aber engagiert sie sich seit Jahren für die Frauen-Union. Im September 2019 wurde sie zur bayerischen Vorsitzenden gewählt. Wenn es um Gleichberechtigung geht, nimmt Scharf kein Blatt vor den Mund und weicht von ihren Forderungen nicht ab. Das macht sie für

frau & buch

ihre Gegner richtig anstrengend. Deutlich kritisierte sie diesen Sommer die katholische Kirche, denn nach einer Instruktion aus dem Vatikan sollen Laien künftig nicht mehr als Gemeindeleiter tätig sein dürfen: „Für Frauen ist das eine schallende Ohrfeige“. Das Dokument ignoriere, dass in vielen Gemeinden die Kirche vor allem von Frauen und Laien gemeinsam mit den Priestern getragen werde. Zur Situation in der Union macht sie eine klare Ansage pro Quote: „Wer eine Volkspartei bleiben will, muss die Beteiligung von Frauen fest verankern.“ Bisher seien die Vorstände auf Bezirks- und Landesebene mit 40 Prozent Frauen besetzt. Der nächste konsequente Schritt sei es, diese Quote auf Kreisvorstände auszudehnen. Scharf: „Hinzu kommt, dass auf allen drei Ebenen in den engeren Vorständen eine 50 zu 50 Parität herrschen muss.“ Mit einem „Oja!“ kündigt sie schon jetzt an, die Bezirks- und Kreisverbände und Söder selbst Anfang des Jahres deutlich an diese Ziele zu erinnern. „Wo man hinguckt, gibt es massiven Nachholbedarf. Vielleicht sollten einige mal realisieren, dass über die Hälfte der Wähler Frauen sind.“ Im Bundestag bilde die CSU-Landesgruppe die Gesellschaft nicht mehr ab: „Der Anteil der Frauen im Bundestag ist der Schlechteste seit 20 Jahren.“

Mit ihrer klaren Haltung verschafft sich die erfahrene Landes- und Kommunalpolitikerin viel Respekt. Sie scheut keinen sachlichen Streit und hat sich im Laufe der Jahre auf der politischen Achterbahn ein hohes Maß an Durchsetzungsstärke, Zähigkeit im positiven Sinne und Geduld erarbeitet. Wenn Ulrike Scharf mal Politikpause macht, dann joggt oder schwimmt sie oder fährt zu ihrem langjährigen Lebensgefährten nach Südtirol und geht wandern – bergauf und bergab. Fast wie in der Politik, weiter geht es auf jeden Fall. Scharf wird jedenfalls nicht lockerlassen, wenn es um die Forderungen der Frauen-Union geht. Sie lacht: „da muss ich leider lästig bleiben!“

Vera Schalck



Christlich Demokratische Union

Der Debattenband zu 75 Jahre CDU. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat einen Sammelband zur Geschichte der CDU vorgelegt, in dem sich namhafte Vertreterinnen und Vertreter der Geschichts- und Sozialwissenschaft sowie aus Politik und Medien mit verschiedenen Aspekten der Parteigeschichte auseinandersetzen und so einen Beitrag zum Diskurs über die Geschichte, den Stellenwert und die Zukunft der CDU in Deutschland leisten. Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung Norbert Lammer betonte bei der Buchpräsentation, dass die kritische Auseinandersetzung gewollt sei.

Die CDU hat eine Bilanz, die sich sehen lassen kann. Sie ist zweifellos die erfolgreichste Partei in der bundesdeutschen Geschichte und stellte bis heute über fünfzig Jahre lang den deutschen Kanzler bzw. die Kanzlerin. Zu Recht hebt Norbert Lammer in seiner Einführung hervor, dass die CDU früher als andere, deutlich ältere Parteien, mit Angela Merkel eine Frau zur Parteivorsitzenden wählte, die als Spitzenkandidatin ihrer Partei nach den Bundestagswahlen 2005 auch die erste Bundeskanzlerin Deutschlands wurde. Die Journalistin Mariam Lau hat das Kapitel „Die CDU und die Frauen“ geschrieben. Bei der Buchvorstellung stellte sie die Frage: „Was wird aus der CDU nach Angela Merkel?“ In der Zeit nach Merkel wird die CDU zeigen müssen, wie sehr sie eine Frauenpartei geworden ist. Diese Fragen und die Betrachtung von außen machen diesen Debattenband zu einer interessanten Lektüre.

Norbert Lammer (Hg.): Christlich-Demokratische Union – Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU, Siedler-Verlag, Erschienen: 27. Juli 2020, Gebundene Ausgabe: 840 Seiten, ISBN-13: 978-3827501387, 30 Euro.

Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070452 · Telefax 030 22070439 · fu@cdu.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführerin:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 8020 · Telefax 02226 802111 · Telefon Vertrieb 02226 802213 · Geschäftsführer: Jürgen von Meer · **Erscheinungsweise:** 6-mal im Jahr · **Bezugspreis:** Einzelpreis 2,50 Euro · Jahresabonnement: 15,00 Euro · **Bankverbindungen:** Sparkasse KölnBonn (IBAN DE20370501980007510183, BIC COLSDE33XXX) · Raiffeisenbank Voreifel eG (IBAN DE933706962 70076204012, BIC GENODE1RBC) · **Anzeigenverwaltung:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.

Macht. Mit. Frauen!



Foto: Dr. Patricia Peill/MDL

Macht. Mit. Frauen!
Das Buch für (angehende) Politikerinnen.

In ganz Deutschland machen sich Frauen aller Parteien Gedanken, wie mehr Mitstreiterinnen von der Kommunalpolitik bis in die Bundespolitik gewonnen werden können. Zahlreiche Workshops, Seminarangebote und Mentoring-Programme haben auch in der Frauen Union bisher nicht den durchschlagenden Erfolg gebracht. „Ist die Quote das letzte Mittel, um mit einer paritätischen Verteilung der Sitze in den Parlamenten unsere Gesellschaft mit ebenso vielen Frauen wie Männern abzubilden?“, fragt dieses Buch.

Mit großer Überzeugung habe ich mich bereits vor Jahren für ein Mentoring-Programm eingesetzt und die virtuelle Akademie der Frauen Union ins Leben gerufen. In vielen Kreis- und Stadtverbänden haben die Frauen gute Netzwerke aufgebaut, in denen Frauen, die bereits lange politisch aktiv sind, ihre Erfahrungen an jüngere, engagierte Frauen weitergeben. Als Vorsitzende der Frauen Union im Kreis Düren und Bezirk Aachen fördere ich Frauen vor Ort durch gezielte Ansprache und Fürsprache. Aber Einzelne, die wir so erreichen, sind für einen durchschlagenden Erfolg zu wenig. Wir Frauen im Bezirk Aachen wollten eine größere Zahl politisch interessierter Frauen ansprechen und haben in drei überparteilichen Workshops in Jülich die Gründe für die geringe Zahl der Frauen in der Politik zusammengetragen und nach Lösungsansätzen gesucht. Mit Prof. Dr. Christiane Vaeßen, Geschäftsführerin der Region Aachen und des Kompetenzzentrums Frau und Beruf, haben wir eine engagierte Mitstreiterin gefunden, die für unsere Workshops wichtige Impulse gegeben hat. Dass auch unsere Ergebnisse zusammen mit

vielen anderen einmal in ein Buch einfließen würden, damit haben wir zu diesem Zeitpunkt nicht gerechnet. Nun ist es da! Das Buch: „Macht. Mit. Frauen!“

Christiane Vaeßen möchte mit ihrem Buch Frauen vor allem Mut machen! Mut, sich auf die politische Bühne zu trauen, Mut, das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe einzufordern und vor allem Mut, zu sagen, was sich an den Rahmenbedingungen ändern muss.

Das ist spannend, das kann unterhaltsam sein und informativ. Dieses Zusammenspiel gelingt auf den 100 Seiten uneingeschränkt. Der wissenschaftliche Einstieg in die gute Analyse der Zahlen, Daten und Fakten wird auf kurzweilige Art präsentiert und bietet nicht nur den Vergleich der einzelnen Ebenen von der Bundesregierung bis in die Kommunalparlamente, sondern zeigt auch auf, wie Deutschland im Vergleich zu anderen EU Ländern steht.

Gut finde ich, dass die Argumente für die stärkere Beteiligung von Frauen in der Politik sehr anschaulich immer wieder in farbigen Graphiken zusammenfassend dargestellt werden.

Die Ursachen für die Unterrepräsentanz jedoch sind so vielfältig wie wir Frauen selbst. Ist es wirklich so, dass Mädchen politikferner erzogen werden und man sich auf ein politisches Amt erst konzentrieren kann, wenn die Kinder aus dem Haus sind? Oder ist es tatsächlich unsere Art des Wahlsystems, das es Frauen besonders schwer macht?

Zahlreiche Wege zur geschlechtergerechten Besetzung der politischen Mandate werden diskutiert. Spannend wird es vor allem beim Pro und Contra der Quote – auch sehr gut und einprägsam graphisch dargestellt. Erste



Foto: Dr. Patricia Peill MdL

Paritätsvorhaben und die Diskussion zur gesetzlichen Verankerung auf Landes- oder Bundesebene zeigen die Wichtigkeit des Themas und die inzwischen vorhandene Durchsetzungsfähigkeit der Frauen in der Politik.

Das Buch lässt auch erfolgreiche Politikerinnen zu Wort kommen – von Ministerin Ina Scharrenbach bis zur Europaabgeordneten Sabine Verheyen, Mitglieder des Bundes- und Landtags, Bürgermeisterinnen und Mitglieder des Kreistags verschiedener Parteien aus Stadt und Land. Auch hier zeigt sich, wie unterschiedlich die persönlichen Erfahrungen sind, wie unterschiedlich das Umfeld auf engagierte Frauen reagiert und wie verschieden die Regularien der einzelnen Parteien sind.

Ist der Anteil der Frauen unter den Parteimitgliedern entscheidend für den Anteil der Frauen, die dann tatsächlich Abgeordnete werden? Es ist spannend zu lesen, welche unterschiedlichen Strategien die verschiedenen Parteien in den letzten Jahren verfolgt haben und wie sich davon abhängig die Zahl der weiblichen Abgeordneten entwickelt hat. Als CDU können wir von manchem Beispiel, was die Beteiligung von Frauen in der Politik angeht, noch etwas lernen.

Mehr Frauen in politische Ämter zu bringen, ist schon länger nicht mehr nur unser Ziel: Zahlreiche Männer in verantwortungsvollen Positionen unterstützen engagiert unser Vorhaben. Mit uns fordern sie, dass sich an den Rahmenbedingungen etwas ändern muss, wenn die politische Vertretung allen Geschlechtern gleichermaßen offenstehen soll. Stellvertretend ist der Beitrag einer dieser Fürsprecher nachzulesen.

Auch wenn vor allem Frauen aus der Region Aachen aufgefordert waren, einen Beitrag zum Buch zu leisten, sind die Ideen und Lösungsansätze, die sie beschreiben, allgemein übertragbar. Ich bin überzeugt, dass Sie wertvollen Input für Ihre eigene Arbeit erhalten werden. Das Buch lädt ein zum Mitmachen, Mitgestalten und Mitentscheiden. Es bündelt anschaulich Argumente und es motiviert Frauen, sich politisch zu engagieren. Auch denjenigen, die bereits ein Amt übernommen haben, bietet es gezielte Unterstützung und Netzwerke an.

Auch wenn viele Frauen in den Workshops uns sagten, sie seien gar nicht an der Macht interessiert, sondern würden viel lieber inhaltlich gestalten und projektbezogen arbeiten, ist dieses Buch ein Ansporn und eine Ermunterung in der noch meist männlich geprägten Welt der Politik, selbstbewusst das nächsthöhere Amt anzustreben!

Das Buch „Macht. Mit. Frauen!“ kann ich Ihnen nur sehr empfehlen! Eine spannende und kurzweilige Lektüre, bei der nicht nur der Titel zum Nachdenken und zur Veränderung anregt (ISBN: 978-3-00-066102-0, kostenloser Download: www.regac.de/machtmitfrauen).

Viel Freude beim Lesen wünscht

Ihre Dr. Patricia Peill MdL,
Beisitzerin im Bundesvorstand der Frauen Union



Foto: Gottfried Schwarz

Wie gründet man ein KarriereNetzwerk für CDU-Mitglieder? Ein Bericht aus Niedersachsen.

KarriereNetzwerk Niedersachsen

„Wir suchten in unserer Kommune einen Baudezernenten. Das ist schon grundsätzlich gar nicht einfach. Viele Ingenieure gehen lieber in die private Wirtschaft. Deshalb kommen zunehmend Frauen in diesem Feld zum Zuge. Das wäre uns sehr recht gewesen. Allerdings fanden wir weit und breit kein CDU-Mitglied. Unser Fraktionsvorsitzende wusste nicht einmal, an wen er sich ratsuchend wenden sollte. Letztlich wurde dann – mit vielen Gegenstimmen – ein SPD-Mann auf den Posten gewählt, obwohl wir in unserer großen Koalition am Zuge gewesen wären. Ich fand das sehr frustrierend. Wir bauen gerade eine große, neue Schule mit mehrstufiger Bürgerbeteiligung und es wäre wichtig gewesen, dass unsere Fraktion einen Ansprechpartner in der Verwaltungsspitze gehabt hätte, die nur aus Sozialdemokraten besteht.“

Für mich war klar, dass sich diese Schieflage in vielen Bereichen nicht ändern wird, wenn man nicht zentral gesteuert. Also habe ich unseren Generalsekretär Kai Seefried angesprochen und vorgeschlagen, mich persönlich um die Gewinnung und Förderung von Personal aus unseren Reihen zu kümmern. Zu meiner Überraschung rannte ich offene Türen ein. Die Idee ist ja nicht neu, aber – wie immer – liegt der Teufel im Detail, wie wir festgestellt haben. Außerdem funktioniert es nur, wenn eine Person wirklich ausschließlich dafür verantwortlich ist. Davon bin ich fest überzeugt. Denn in unseren Geschäftsstellen ist aktuell immer viel los. Wer also eine Funktion

hat, wird immer andere, vorrangige Aufgaben zu erledigen haben. Gleich zu Beginn bekam ich einen Helfer, Christopher Tatge, der inzwischen stellvertretender JU-Kreisvorsitzender ist. Wir arbeiten perfekt zusammen, weil wir uns optimal ergänzen. Er jongliert mit dem Internet, ich bin für die Konzeption und Kontakte zuständig. Beide schreiben und recherchieren wir. Natürlich wurde er sofort kritisch gefragt, ob man überhaupt mit einer FU-Frau zusammenarbeiten könne. Aber da kann ich mich auf ihn verlassen.

Der Generalsekretär ist von Anfang an aktiv an dem Netzwerk beteiligt und steht hundertprozentig hinter der Idee. Das ist wirklich wichtig. Er spricht Konzeption und Ideen mit uns ab, drückt auf die Tube, präsentiert das Netzwerk in Parteiveranstaltungen und eröffnete das KarriereNetzwerk im Januar feierlich mit einer Rede. Wir hatten schon für den Landesparteitag Flyer und Visitenkarten produziert und die Delegierten am Stand über das Projekt informiert. Für die Umsetzung eines Bewerbungsformulars muss der Datenschutz peinlich genau beachtet werden. Die Vermittlung von Personen auf passende Stellen ist für eine Partei eine Gratwanderung. Die CDU ist hier äußerst vorsichtig, um auch nur den Anschein von persönlicher Schützenhilfe auszuschließen. Tatsächlich finden inoffiziell natürlich überall Empfehlungen statt. Wir haben hierfür noch nicht den goldenen Mittelweg gefunden. Zunächst versorgen wir unsere Mitglieder alle

frau & info



drei Wochen mit einem aktuellen Newsletter, für den wir attraktive Stellenangebote von Landesbehörden, Kommunen und nahestehenden Arbeitgebern auswählen.

Die Newsletter erzielen durchschlagenden Erfolg. Durch geschickte Streuung haben wir in der kurzen Zeit mehr als 500 Mitglieder gewonnen, die unsere Angebote zu einem guten Teil anklicken. Das KarriereNetzwerk ergänzt in Niedersachsen die Talentschmiede für junge Leute, das Tandem-Projekt für Frauen und das neue Bildungswerk der KPV. Einen intensiven Austausch pflegen wir auch mit dem Landesbeauftragten der Konrad-Adenauer-Stiftung Christoph Bors. So können unsere Mitglieder von allen Angeboten sukzessive profitieren und ihren persönlichen Karriereweg verfolgen.

Für die Kommunalwahlen 2021 suchen wir jetzt Frauen und Männer, die sich für ein Bürgermeister- oder Landratsamt zur Wahl stellen. Ich gehe davon aus, dass einige Kommunen den Bedarf nicht mit örtlichen Protagonisten erfüllen können und zunehmend auf Hilfe angewiesen sein werden. Glücklicherweise haben sich schon junge Mitglieder gemeldet, die in die Bresche springen könnten. Wir würden uns freuen, wenn wir noch weitere Interessenten finden würden. Besonders für Frauen kann unser Netzwerk eine große Chance sein!“

Info: Mitglieder im KarriereNetzwerk Niedersachsen können nur CDU-Mitglieder werden, die bei uns registriert sind. Wir interessieren uns aber auch für Stellenangebote außerhalb unseres Bundeslandes.

Dr. Eva Möllring ist Leiterin des KarriereNetzwerk Niedersachsen

Was schlägt die Struktur- und Satzungskommission der CDU Deutschlands vor?

Ziel: Gleiche Beteiligung von Frauen und Männern in der CDU

Dies sind die wesentlichen Punkte:

- Für Gruppenwahlen bei Vorständen, wie zum Beispiel der Wahl von zwei oder mehr Stellvertretern und Beisitzern, gilt ab dem 1.1.2021 eine Quote von einem Drittel Frauen ab der Kreisebene. Ab 1.1.2023 steigt die Quote auf 40 Prozent und ab 1.1.2025 auf 50 Prozent. Sollten nicht genügend Frauen kandidieren, bestimmt die Anzahl der kandidierenden Frauen die Frauenquote. Wird die jeweilige Quote nicht eingehalten, bleibt diese Position unbesetzt.
- Für Delegiertenwahlen gilt eine dynamische Quote. Ab dem 1.1.2021 gibt es eine Quote von einem Drittel Frauen. Ab einem Mitgliederanteil von 30 Prozent Frauen gilt eine Quote von 40 Prozent, der bei einem Mitgliederanteil von 40 Prozent auf eine Quote von 50 Prozent steigt. Maßstab ist der Mitgliederanteil im Landesverband.
- Für die Aufstellung von Listen für Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen kommt eine neue Sollvorschrift für die ersten zehn Listenplätze hinzu. Ab 2023 sollen mindestens vier Frauen auf den ersten zehn Plätzen sein, ab 2025 mindestens fünf. Sie ergänzt die derzeitige Regelung, nach der unter drei aufeinanderfolgenden Plätzen mindestens eine Frau sein soll.
- Zur besseren Einbindung jüngerer Mitglieder soll ab der Kreisebene der/die Vorsitzende oder ein/eine Stellvertreter/in („Jugendstellvertreter“) unter 40 Jahre sein.
- Eltern sollen auch bei Geburt eines Kindes ihr politisches Amt fortführen können. Bis 18 Monate nach der Geburt eines Kindes können sie ihr Amt bis zu einem Jahr ruhen lassen, um es dann wieder voll wahrzunehmen. Während der politischen Elternzeit soll eine Abwahl nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit möglich sein.
- Auf allen Ebenen wird die CDU aktiv auf Frauen zugehen, um sie für eine Mitgliedschaft zu gewinnen. Zudem soll die Parteilarbeit für Frauen durch thematische Veranstaltungen, Patenprogramme, feste Anfangs- und Endzeiten für Sitzungen sowie mehr digitale Angebote, die die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Parteilarbeit erleichtern, attraktiver werden.
- Eine Ombudsperson wird künftig als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und Fällen von Diskriminierung aktiv entgegenwirken.

FU!

Unser Angebot zur Mitgliederwerbung

Zusammen sind wir stark! Jetzt Mitglied werden!
frauenunion.de



FU!-Nähetui

100 Exemplare 38,99 Euro
inkl. MwSt., zzgl. Versand
Bestellung an: shop.cdu.de

FU!-Mitgliedsantrag
50 Exemplare 0,- Euro
zzgl. Versand
Bestellung an: shop.cdu.de



- Postalische Bestellungen: PORTICA GmbH Marketing Support
CDU-Shop · Von-Galen-Straße 35 · 47906 Kempen
- Bestellungen per Fax: 02152 91525272
- Bestellungen per E-Mail: cdu-shop@portica.de
- Für Online-Bestellungen: e-Shop auf shop.cdu.de

CDU